

Gripen vorläufig parkiert

Die Sicherheitskommission des Nationalrats hat sich zwar grundsätzlich für den Gripen ausgesprochen. Sie verlangt aber von Ueli Maurer noch Präzisierungen zu den Details des Kaufvertrags.

VON NIKLAUS RAMSEYER

BERN Der definitive Entscheid des Parlaments für oder gegen den neuen Kampffluger Gripen wird erst im September oder spätestens im Dezember fallen. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SiK) will das Geschäft zum Kauf der 22 Militärflieger für 3,126 Milliarden Franken nämlich erst am 26. August zu Ende beraten und dann in die Sesssion der grossen Kammer bringen. Bis dahin verlangt sie noch Antworten auf mehrere Fragen zu Details der mit Schweden ausgehandelten Kaufverträge. So etwa zu den Konventionstrafen, die den Vertragspartnern bei Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen genau drohen. Oder zum Prozedere, falls es zwischen den Vertragspartnern zu Unstimmigkeiten kommen sollte.

Klar für Rüstungsprogramm

Die Verzögerung bis Ende August hat die Kommission nur ganz knapp beschlossen – mit dem Stichentscheid ihrer Präsidentin Chantal Galladé (SP/ZH), die eigentlich gar keine neuen Kampffluger möchte. Im Grundsatz sprach sich die SiK mit 16 zu 9 Stimmen hingegen klar für das Rüstungsprogramm 2012 aus, das nur aus dem Kredit für die 22 Gripen besteht.

Economiesuisse-Präsident: Fünf Franken pro Liter Benzin

VON KARI KÄLIN

Der Vorschlag hat es in sich. Im letzten Sommer präsentierte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf Pläne für eine ökologische Steuerreform. Eine mögliche Konsequenz: Bis ins Jahr 2050 würde der Benzinpreis auf fünf Franken pro Liter steigen. Die Ankündigung löste eine Flut von empörten Kommentaren auf Internetforen aus.

Zwölf Franken pro Liter

Noch weiter geht ETH-Professor Toni Gunzinger. Gegenüber dem «Sonntag» sagte er im letzten Herbst, der faire Benzinpreis liege bei zehn bis zwölf Franken pro Liter. Im «Blick» wiederholte Gunzinger letzte Woche seinen Standpunkt. Autofahrer müssten für verstopfte Strassen, den verursachten Lärm, den CO₂-Ausstoss und den Strassenunterhalt einen fairen Preis zahlen. «Die Energie muss massiv teurer werden, damit die Menschen ihr Verhalten ändern», so Gunzinger.

Nun wird die Debatte um einen höheren Benzinpreis von überraschender Seite befeuert. In der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift «Schweizer Monat» kritisiert niemand Geringeres als Rudolf Wehrli, Präsident des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse, die Mobilität sei viel zu billig – und zwar sowohl im öffentlichen als auch im Privatverkehr.

«Unnütze Leistungssteigerung»

Weil Mobilität so billig sei, würden wir so verschwenderisch mit ihr umgehen. «Wir verhalten uns unökologisch, weil es uns nichts kostet. Damit sich diese Einstellung ändert, müsste der Benzinpreis auf fünf Franken pro Liter erhöht werden – dieser Vorschlag hat für einigen Wirbel gesorgt», lässt sich Wehrli weiter zitieren. Das magische Wort laute Kostenwahrheit. Was wäre die Konsequenz, wenn man an der



Erst im August will die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats den Gripen-Deal zu Ende beraten. Bis dahin hat der Bundesrat noch einiges zu tun.

gramm 2012 aus, das nur aus dem Kredit für die 22 Gripen besteht.

Dass das schwedische Kampfflugzeug der richtige Jet für die Schweizer Luftwaffe sei, ist nun auch die Meinung der Kommissionsmehrheit: «Einen Rolls-Royce brauchen wir nicht», hielt SiK-Präsidentin Galladé vor den Medien in Bern fest. Auch sei es richtig, mit dem neutralen Staat Schweden in dieser Sache zusammenzuarbeiten. Das ist neu: Bisher hatte es in der Kommission meist eine Mehrheit jener Stimmen gegeben, die den Gripen nicht wollten. Die Linke war dagegen, weil sie gar keinen neuen Flieger will. Die Rechte, weil sie ein

besseres Modell als den Gripen forderte.

Entscheiden wird das Volk

Die parlamentarische Hürde könnte der neue Jet bis Ende Jahr knapp schaffen. Damit ist das Geschäft aber noch nicht im Trockenen. Denn entscheiden wird letztlich das Volk: Für den Gripen-Fonds, den Verteidigungsminister Ueli Maurer aus seinem Armeebudget mit den 3,126 Milliarden speisen will, braucht es ein Gesetz. Und dieses Gesetz wird per Referendum 2014 vors Volk kommen. Sagt es Nein zu den 3,126 Milliarden, ist der Flieger abgeschossen – und das Geschäft vom Tisch.

Nachgefragt Thomas Hurter, Nationalrat (SH)

«Bis ans Limit gehen»

Die Sicherheitspolitische Kommission hat den Gripen-Deal sistiert. Was hat den Ausschlag gegeben?

Thomas Hurter: Grundsätzlich haben wir uns ja für die neuen Kampfflugzeuge ausgesprochen. Allerdings war vor allem die bürgerliche Seite der Ansicht, dass die Absicherungen und Garantien beim Geschäft sowie das Vorgehen bei Streitigkeiten nicht ausreichend geklärt sind. Hier haben wir Nachbesserungen gefordert.

Können Sie das noch etwas konkreter erklären?

Hurter: Ich zum Beispiel habe den Antrag gestellt, dass erst bezahlt werden soll, wenn geliefert wird. Ausserdem habe ich auch einen finanziellen Rückbehalt gefordert. Das heisst, bei jeder Zahlungstranche behalten wir einen Teil des Geldes zurück, bis Zeitpunkt und Qualität der Lieferung stimmen. Damit können wir zum Beispiel bei Lieferverzögerungen Druck ausüben. Entscheidend ist, dass wir etwas in der Hand haben, wenn wir nicht zufrieden sind. Beim aktuellen Stand des Vertrags hätten wir nur die Möglichkeit, mit Schweden das Gespräch zu suchen.

Als Kompensation für den Flugzeugkauf soll Saab dafür sorgen, dass die Schweizer Industrie Aufträge im gleichen Umfang bekommt. Nun gibt es Protest aus der Romandie, weil die Westschweiz dabei zu kurz kommt. War das auch ein Grund für die Sistierung?

Hurter: Nein, das war kein Grund, aber wir haben auch diese Frage thematisiert, und es braucht hier sicher Verbesserungen. Weil das Gripen-Geschäft in der Luft hängt, ist das Engagement



Thomas Hurter
Vizepräsident der Sicherheitspolitischen Kommission

für die Vergabe von Aufträgen an die Schweiz allerdings noch gering. Wir müssen versuchen herauszuholen, was wir können.

Der Gripen-Deal verzögert sich nun. Bringt das den Zeitplan durcheinander?

Hurter: Nein, das ist nicht weiter dramatisch. Der Vertragsabschluss ist für Ende Mai geplant, bis dahin kann der Bundesrat noch kämpfen. Danach werden wir versuchen, das Geschäft in der Herbstsitzung in beiden Räten abzuschliessen. Damit hätten wir eigentlich keine Zeit verloren, und die Volksabstimmung könnte dann wie geplant 2014 stattfinden.

Was erwarten Sie nun vom Bundesrat?

Hurter: Ich erwarte, dass er die Kritikpunkte in den Verhandlungen mit Schweden anspricht und eine Verbesserung erzielen kann. Wenn nicht, müssen wir die Lage neu beurteilen.

Das heisst, das Geschäft beerdigen?

Hurter: So weit würde ich nicht gehen. Der Bundesrat muss in den Verhandlungen jetzt einfach bis ans Limit gehen und das Maximum herausholen. Dann schauen wir das Geschäft in der Kommission nochmals genau an.

Interview Jan Hudec



Bisher können die Schweizer AKW, wie jenes in Gösigen, unbefristet betrieben werden, solange die Sicherheit gewährleistet ist.

AKW-Laufzeiten sollen auf 50 Jahre begrenzt werden

Die Energiekommission des Nationalrats will der Atomausstiegs-Initiative mit einem neuen Vorschlag den Wind aus den Segeln nehmen.

BERN Die Atomausstiegs-Initiative der Grünen fordert für Atomkraftwerke eine gesetzlich begrenzte Betriebsdauer von 45 Jahren. Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (Urek) will die Laufzeiten der AKW nun auf 50 Jahre begrenzen. Der Vorschlag soll der Initiative der Grünen als indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt werden. Allerdings ist die Kommissionsmotion nicht breit abgestützt. Sie wurde lediglich mit 12 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Eine Minderheit hält weiterhin an einer unbefristeten Laufzeit fest.

Konkret will die Urek, dass die AKW-Betreiber nach 40 Jahren ein Betriebskonzept vorlegen müssen, welches den «sicheren Betrieb der Anlage für weitere, maximal zehn Jahre ausweist». Heute kann ein AKW unbefristet betrieben werden, solange seine Sicherheit gewährleistet ist. Die Atomausstiegs-Initiative der Grünen verlangt nebst dem Verbot von Atomkraftwerken konkrete Abschaltzeitpunkte für die fünf bestehenden Reaktoren.

Im Widerspruch zum Bundesrat

Der Bundesrat hingegen möchte der Ausstiegs-Initiative seine Energiestrategie 2050 als indirekten Gegenvorschlag gegenüberstellen. Zwar teilt er mit den Initianten das Ziel des Ausstiegs aus der Atomenergie. Anders als die Initianten will er aber die AKW in Betrieb lassen, solange sie sicher sind. (sda)

Journal

Läden bald bis 20 Uhr offen

BERN Der schweizweiten Harmonisierung der Ladenöffnungszeiten bis 20 Uhr steht nur noch ein Detail im Weg: Die kantonalen Feiertage sollen berücksichtigt werden. Der Nationalrat hatte eine Motion in diesem Sinne abgeändert. Die vorberatende Kommission des Ständerates empfiehlt ihrem Rat nun, diesem Detail zuzustimmen. Die Motion von Filippo Lombardi (CVP/TD) verlangt, dass schweizweit alle Läden ihre Produkte werktags zwischen 6 Uhr und 20 Uhr und samstags zwischen 6 Uhr und 19 Uhr verkaufen dürfen. Die Kantone können weiter gehende Liberalisierungen beschliessen, nicht aber strengere Gesetze.

Videokameras in Genfer Quartier

GENÈVE In der Stadt Genf werden in einem Pilotprojekt 21 Kameras zur Videoüberwachung in hoher Auflösung installiert. Während zweier Jahre soll das System im Quartier Paquis getestet werden. Später sollen auch private Überwachungskameras in das System integriert werden. Dies schlägt die Genfer Regierung im Rahmen eines Gesetzesentwurfs vor, der die Videoüberwachung im Kanton koordinieren soll. Mit dem System will Genf vor allem Gewaltdelikte sowie Sachbeschädigungen bekämpfen. Schliesst das Projekt überzeugend ab, soll es auf kantonaler Ebene weitergeführt werden.

Initiative gegen Ärztemangel

BERN Die Kantone sollen so viele Ärztinnen und Ärzte ausbilden müssen, wie die Schweiz langfristig braucht. Das fordert eine Volksinitiative mit dem Titel «Mehr Ausbildungsplätze in der Humanmedizin – Stopp dem drohenden Ärztemangel». Die Initianten haben bis 9. Oktober 2014 Zeit, um die nötigen 100'000 Unterschriften zu sammeln. Sammelfrist und Initiativtext wurden gestern im «Bundesblatt» veröffentlicht.